

Jugend=Vorwärts

Nr. 11

Beilage zum Vorwärts

26. November 1930

5 Jahre Landesjugendamt Berlin.

Arbeit an der Jugend einer Millionenstadt.

„Um Hunderttausende von Kleinkindern, Hunderttausende von Schulkindern und Hunderttausende von Schülertausenden, um fast eine Million Jugendliche sich sorgen zu dürfen, ist wohl nicht gerade eine der leichtesten, aber sicher eine der schönsten Aufgaben der Berliner Stadtverwaltung“, sagt die Genossin Klara Weyl in ihrem Beleitwort zu dem in diesen Tagen erschienenen Werk „Fünf Jahre Landesjugendamt Berlin“. Von der Vielseitigkeit dieser Arbeit an der Jugend einer Millionenstadt macht sich der Außenstehende keinen klaren Begriff. Und doch ist es notwendig, sich mit dem hier Beleisteten näher vertraut zu machen, denn es gehört zu dem positiven Gut der Republik, es ist Arbeit für die sozial am schlechtesten gestellten Schichten der Bevölkerung und besonders in den Arbeitskreis der sozialistischen Jugendbewegung gehört es, sich ein anschauliches Bild dieser städtischen Jugendpflege und Jugendfürsorge zu machen. Das oben genannte Werk bietet eine gute Unterlage dazu.

Man sieht es dem ehemaligen Ephraimischen Palais in der Poststraße nicht an, welchem Zweck es heute dient. Wenn man aber von der Betrachtung der Fassade, die eine der schönsten architektonischen Sehenswürdigkeiten Berlins darstellt, zu einer Besichtigung des Innern übergeht, wird man überall auf Jugendliche, auf Fürsorgepflegerinnen und Beamte des Amtes stoßen. Hier ist der zentrale Mittelpunkt aller Maßnahmen auf dem Gebiet der Jugendhilfe und Jugendwohlfahrt, von hier gehen häufig die Impulse für die Arbeit der Bezirke aus. Um welchen gewaltigen Apparat es sich hier handelt, zeigt die Tatsache, daß allein die Fürsorgeerziehungsbehörde 51 Beamte und 9 Angestellte beschäftigt, in den der zentralen Verwaltung unterstellten Anstalten sind 259 Beamte, 539 Angestellte und 391 Arbeiter tätig.

Die Fürsorgeerziehung: hier beschäftigt man sich mit einem Gebiet, das während der letzten Jahre in der Öffentlichkeit eine große Rolle gespielt hat. Anklagen über die Zustände in den einzelnen Anstalten wurden erhoben, oft veranlaßt durch Rebellionen der Zöglinge, das ganze System der Fürsorgeerziehung wurde von allen Seiten beleuchtet und kritisiert. Selten war es möglich, sich ein klares Bild der wirklichen Vorgänge zu machen, denn mit den offiziellen Dementis war der Öffentlichkeit nicht gedient. In der Abhandlung eines verantwortlichen Mitarbeiters wird hier auf die ganzen Beschwerden im Zusammenhang eingegangen. Man findet die von sozialistischer Seite wiederholt geäußerte Auffassung bestätigt, daß ein nicht unerheblicher Teil der Konflikte daraus erwächst, daß die öffentliche Fürsorge noch viel zu sehr mit dem Makel der strafweisen Einsperrung verbunden ist — diese Grundlage der ganzen Fürsorgetätigkeit könnte nur durch eine gründliche Reform der gesetzgeberischen Basis geändert werden —, und daß zum zweiten neben den Schädigungen der Jugend durch die heutige soziale Lage die negative Einstellung zum Staat und seinen Organen eine große Rolle spielt.

Man erfährt hier auch, welcher gewaltige Apparat in einer Großstadt wie Berlin aufgebaut werden muß, um der gefährdeten Jugend von frühester Kindheit an beizustehen. Und doch ist es noch viel zu wenig, wenn eine Stadt wie Berlin beispielsweise über 450 Heime — von denen 330 der freien Wohlfahrt angehören — verfügt zur Unterbringung der Kinder, die infolge Erwerbstätigkeit der Mütter ohne Aufsicht sind. Auf diesem Gebiet wird kräftig aufgebaut. Man hat u. a. das Programm aufgestellt, daß in allen neugebauten Siedlungen und Wohnblöcken

ein Kindertagesheim mit vorgezogen wird, bei jedem Schulhausneubau und dem Bau von Gemeindehäusern soll die Errichtung einer Krippe, eines Kindergartens oder Hortis berücksichtigt werden. In Verbindung mit der Schilderung wird hier auch die Frage aufgeworfen, die ja den Sozialisten besonders interessiert, ob die Kleinkinder nach der alten Auffassung von der Mutter, in der Familie aufgezogen werden sollen, oder ob der Staat die Voraussetzungen schaffen soll, um die Erziehung der Kinder bereits vom zweiten oder dritten Lebensjahre an zu beeinflussen. Die Entwicklung geht zweifellos in der Richtung einer stärkeren Einflussnahme des Staates, da die wachsende Berufstätigkeit der Frauen und eine Reihe anderer sozialer Prozesse die Grundlage des Familienlebens immer mehr unterhöhlen. Einer praktischen Beantwortung der aufgeworfenen Frage beugt vorläufig noch der Mangel an Mitteln und Heimen vor, aber es handelt sich hier um eines der wichtigsten Zukunftsprobleme.

Von besonderer Wichtigkeit für die Arbeiterbewegung ist die vom Landesjugendamt organisierte Fürsorge für das erwerbstätige Kind. Wir erfahren hier, daß trotz Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise immer noch Kinder für gewerbliche Zwecke benutzt werden. Die Jugendämter haben zwar das Recht, in jedem einzelnen Fall Einspruch zu erheben. Aber welche Schwierigkeiten hier aufstehen, das zeigen folgende Ausführungen: „Weder die Gewerkepolizei noch die Jugendämter haben es leicht, die Strenge des Gesetzes wachen zu lassen. In 90 bis 95 Prozent aller Fälle handelt es sich um tatsächliche wirtschaftliche Not der Familien, die auf die Unterstützung ihrer Kinder angewiesen sind, und man kann durchaus nicht immer von Ausnutzung reden. Das verdiente Geld wird meist dazu verwandt, Lebensmittel, Schuhwerk und Wäsche zu beschaffen, und gar nicht selten haben die Kinder ihren Eltern und Geschwistern in rührender Weise.“ Es ist zu begrüßen, daß die Jugendämter in solchen Fällen sich bemühen, den Eltern Wohlfahrtsunterstützung zu verschaffen und andere Maßnahmen einzuleiten, aber wenn man weiß, wie wenig in der Praxis dann herauskommt, kommt man zu dem Schluß, daß in der kapitalistischen Wirtschaft Kinderarbeit immer wieder eine Rolle spielt — und wie viele Fälle kommen den Behörden oder dem Jugendamt überhaupt nicht zur Kenntnis!

Besonders zugenommen hat in den letzten Jahren die Beschäftigung von Kindern bei Filmaufnahmen. Hier sind von Seiten der Eltern selten Widerstände oder einschränkende Maßnahmen festzustellen, da die Tätigkeit sich gewöhnlich ganz gut lohnt. Es ist nun vorgeschrieben, daß Kinder, die bei Filmaufnahmen Verwendung finden, sich nicht länger als vier Stunden auf dem Filmgelände aufhalten dürfen und daß sie sich während der Zeit außerhalb der Aufnahmen in einem besonderen Kinderzimmer unter Aufsicht einer vom Landesjugendamt gestellten Kindergärtnerin aufhalten müssen.

Die meisten der angeführten Maßnahmen fallen unter den Begriff der vorbeugenden Fürsorge. Man hat sich in den letzten Jahren zu der Ueberzeugung durchgerungen, daß alles, was auf diesem Gebiet geschieht, besonders wichtig und wertvoll ist und mit allen Kräften gefördert werden muß, um zugleich auch den anderen Teil der Fürsorgetätigkeit, von dem heute fast ausschließlich in der Öffentlichkeit gesprochen wird, die heilende Fürsorge, zu entlasten. Denn nur zu häufig zeigt es sich, daß die Heilung von Schäden, die im Kindesalter erworben werden, ob es sich um körperliche Krankheit oder seelische und sittliche Verwahrlosung handelt, auf die größten Widerstände stößt. Es ist leichter, die Entwicklung

wieder auszumergen.

In der Öffentlichkeit wenig bekannt ist es, daß es auch in Berlin eine Schutzaufsicht für gefährdete Jugend-linge gibt, die von pädagogisch und psychologisch geschulten Helfern ausgebildet wird. Nach den Mitteilungen sind die Erfahrungen mit der Schutzaufsicht, die in etwa 4000 Fällen angeordnet ist, in Berlin nicht besonders günstig. „Nicht selten bleibt sie eine unzulängliche Maßnahme, die nicht ausreicht, um die Verwahrlosung zu verhüten.

oder daß dieser auf das Jugendamt oder in die Wohnung des Helfers bestellt wird.“ Das Jugendamt erhofft denn auch auf diesem Gebiet eine wesentliche Hilfe durch die Mitwirkung der Jugendorganisationen, die an Stelle der behördlichen Schutzaufsicht die Einbeziehung gefährdeter Jugendlicher in einen Kreis vorwärtstreibender junger Menschen sehen.

Das vorstehende ist nur eine knappe Darstellung des Inhalts des Berichtes, die auf seine Durchsicht hinweisen soll.

Jugendwerbung — Aufgabe der Partei.

Ist die Sozialdemokratie die Partei der Jugend?

Eines ist klar an dem verwirrten Ergebnis der Septemberwahl: die Jungwähler haben ihren Ausgang stärksten beeinflusst. Es hat wohl noch keine politische Entscheidung so das Interesse der jungen Generation unseres Volkes beeinflusst, wie die letzte Reichstagswahl. Frage ist: für welche Parteien haben die Jungwähler abgestimmt? Für die liberalen und konservativen Parteien hat sich die Jungwählerschaft nicht entschieden. Es mutet geradezu humoristisch an, daß ausgerechnet die beiden Gruppen, die sich im Wahlkampf als die Parteien der jungen Generation firmiert haben, nämlich Staatspartei und Volkskonservative, als bedeutungslose Splitter im neuen Reichstag sitzen. Hugenberg und die Ständischen Parteien (Landvolk, Wirtschaftspartei usw.) werden von sich selber nicht behaupten, daß wesentliche Teile der Jugend zu ihnen ständen. Von den bürgerlichen Parteien kann das überhaupt nur das Zentrum. Genau wie seine Wahlniederlage 1928 in der Haltung der katholischen Jugend, die sich damals in größerem Umfang vom Zentrum abwandte, seine Hauptursache hat, so auch sein Wahlsieg 1930. Die katholische Jugend hat in großer Einmütigkeit die Parole ausgenommen: Für Brüning! Denn das ist das Wertwürdige an ihrer Haltung, daß sie sich für den Reichstanzler und nicht so sehr für seine Partei einsetzte. In einer Zeit, in der überall der Schrei nach dem Führer ertönt, war das von starker psychologischer Wirkung. Wie hoch der Anteil der Sozialdemokratie an den Jungwählerstimmen ist, ist schon in der vorigen Nummer des „Jugend-Vorwärts“ versucht nachzuweisen. Bei Zugrundelegung der Mitgliederzahlen der freigewerkschaftlichen Jugendsektionen und der Jugendabteilungen in den Arbeitersportverbänden kann behauptet werden, daß sich mindestens fünf Viertel bis anderthalb Millionen Wähler von 20 bis 30 Jahren für die Sozialdemokratie entschieden haben. Die Partei hat also starken Anhang unter der jungen Generation.

Daran ändern auch nichts die Behauptungen der Kommunisten und Nationalsozialisten, sie allein wären die Parteien der Jugend. Zweifellos haben viele Jugendkreise sich für Sowjetstern und Hakenkreuz entschieden; wahrscheinlich viel mehr für Hitler als für Thälmann. Für die kommunistischen Jungwähler läßt sich leicht eine umfassende Erklärung finden: die ungeheure Not, die besonders junge Menschen in die tiefste Verzweiflung drängt. Die Erklärung für die nationalsozialistischen Jungwähler ist nicht so einfach. Zunächst eine Betrachtung über ihre soziologische Zusammensetzung. Eine spezialisierte Aufstellung über die berufliche Zusammensetzung der Hitler-Anhänger brachte der „Völkische Beobachter“ vom 13. September in einer Statistik über die berufliche Stellung der im Monat August neu aufgenommenen 1400 (!) Mitglieder der Hitler-Jugend, des offiziellen nationalsozialistischen Jugendverbandes. Danach fallen auf Fabrikarbeiter 24 Proz., Bergarbeiter 7 Proz., landwirtschaftliche Arbeiter 17 Proz., kaufmännische Berufe 10 Proz., Handwerker 21 Proz., Schüler 12 Proz., Sonstige (wahrscheinlich Erwerbslose) 9 Proz. Ob diese Zusammenstellung Allgemeingültigkeit beanspruchen kann, sei dahingestellt. Nach unseren Erfahrungen wird der Anteil der Schüler und Angestellten tatsächlich viel höher sein. Es ist doch allgemein bekannt, daß Hochschulen und Universitäten Burgen des Nationalsozialismus sind. (Unter den 19 gefassten Fensterstürmern, die am Tage der Reichstagsöffnung die Scheiben bei Werthelm einwarfen, waren acht höhere Schüler und ein Studienrat.) Immerhin: Die Aufstellung zeigt, daß so ziemlich alle Gruppen der Jugend unter den Einfluß der Nazi-propaganda geraten sind.

Die Jugend ist antikapitalistisch.

Frägt oder forscht man unter den jungen Nationalsozialisten nach dem Warum ihrer politischen Entscheidung, wird man eine Feststellung immer wieder machen können: die Jugend will ganz allgemein eine andere wirtschaftliche Ordnung. Vom

Kapitalismus wollen sie alle nichts mehr wissen, diese jungen Kaufleute und Studenten aus gut bürgerlichen und kapitalistisch eingestellten Familien. Die bürgerliche Jugend ist in offener Revolte gegen die Wirtschaftsauffassungen ihrer Väter. Was sie an die Stelle des Kapitalismus setzen will, ist reichlich unklar; sie verlangt „Durchführung des sozialen Volksstaates“, „bessere Verteilung des Nationaleinkommens auf alle Schichten des Volkes“, „gerechtere Verteilung der aus dem Steueraufkommen stehenden Gelder“. Trotz ihrer Unklarheit ist eins in allen diesen Thesen enthalten: Abschaffung der kapitalistischen Methoden der Verteilung des Sozialprodukts.

Die Jugend ist durchweg antikapitalistisch gesonnen, aber sie ist noch nicht sozialistisch. Ganz deutlich geht das aus dem Bekenntnis des jugendlichen Vorsitzenden des „Kölner Februarclubs“, Franz Rodens (der Volkspartei nahestehend), hervor, der in der „Kölnischen Zeitung“ schrieb: „Es muß endlich ein Gremium entstehen, das in der Lage ist, sowohl der drohenden Sozialisierung und Proletarisierung, als auch den übermächtig werdenden Ansprüchen der Schwerindustrie und Finanz den einseitigen Willen seiner eigenen bereits bis ins Tiefste zerstörten Lebensinteressen entgegenzusetzen.“ Ähnlich ist es bei der Jugend des Kleinhandwerks, der Gewerbetreibenden und Kleinbauern. Sie wollen auch ein anderes Wirtschaftssystem, aber keinen Sozialismus im marxistischen Sinne, sondern sie möchten die Entwicklung zurückdrehen in jene Zeit, in der das Wort „Handwerk hat goldenen Boden“ aufkam und berechtigt war. Die eigentlichen Handarbeiter sind zu suchen in den Berufen, die schon immer für freiheitliche Auffassungen, für freie Gewerkschaften und Partei nicht oder nur sehr schwer zu haben waren, in der Heimindustrie, bei den Gehilfen in der Nahrungsmittelbranche (Bäcker, Fleischer).

Die große Chance des Sozialismus.

Die bürgerliche Jugend ist aber nicht nur gegen die Wirtschaftsauffassung ihrer Väter, gegen die die proletarische Jugend schon immer war, sie ist auch gegen die politischen Ansichten und Parteien ihrer Väter. Sie will nicht nur eine andere Wirtschaftsordnung, sondern sie will auch neue politische Formen. Diese antikapitalistische und antibürgerliche Stimmung der Jugend ist die große Chance des Sozialismus. Die Arbeit und Propaganda der Partei ist mit Rechtigkeit darauf einzustellen, diese Chance auszunutzen — vorausgesetzt, daß überall die Wichtigkeit der Gewinnung der Jugend durch die Partei erkannt wird. Dazu ist Vorbedingung, daß die Sozialdemokratie den Beweis führt, daß sie nicht nur jung ist, weil ihre Ideale in die Zukunft weisen, sondern auch weil sie dem schöpferischen Drang der Jugend Raum gibt, weil sie der Jugend in ihrer heute besonders drückenden Not hilft.

Unter dem Raumegeben ist zu verstehen das bewußte Einspannen der Jungen in die Parteilarbeit. Nicht so, daß alle Funktionäre über 50 Jahre abgesägt und durch Zwanzigjährige ersetzt werden sollen. Solche Forderung wird von niemandem, am wenigsten von der Jugend aufgestellt werden, weil sie unsinnig ist. Aber es braucht auch nicht so zu sein, daß trotz eifriger und ehrlicher Bemühungen zur Verjüngung in der neuen Reichstagsfraktion von 143 nur 5 Abgeordnete unter 35 Jahre alt sind, daß kein bekannter sozialistischer Jugendführer ins Reichsparlament gekommen ist. Vergleichsweise möchten wir erwähnen, daß unter den 68 Abgeordneten des Zentrums auch 5 unter 35 Jahre alt und darunter die leitenden Funktionäre der größten katholischen Jugendorganisationen sind, ganz zu schweigen von den Nationalsozialisten, in deren Fraktion von 107 Abgeordneten 47 im Alter von 25 bis 35 Jahren stehen.

Die Jugend will Talente sehen.

Für die Jugendwerbung noch wirkungsvoller sind Talente auf dem Gebiet des Jugendschutzes. Der Vorschlag der preussischen

Regierung, die Volksschulpflicht von 8 auf 9 Jahre zu verlängern, ist von uns nach besten Kräften zu unterstützen. Wenn wir der Jugend eindringlich auseinandersetzen, daß es sich bei dieser Maßnahme um viel mehr als einen Beitrag zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit, nämlich um die Verkürzung der Arbeitszeit des Menschen handelt, dann wird sie unseren Kampf für diesen Vorschlag als einen Kampf für ihre Lebensgestaltung hoch einschätzen. Wenn wir der Jugend in dem Beispiel der Reform der Gewerbelehrausbildung Preußens zeigen, wie durch sozialdemokratische Initiative Wege zur Bredung des Berechtigungsalters beschritten worden sind, dann wird sie uns auch auf kulturellem Gebiet als ihre Fürsprecherin anerkennen. Sollte der neue Reichstag aktionsfähig werden (was ja zweifelhaft ist), dann wird es mit zu den wichtigsten Aufgaben unserer Fraktion gehören, die baldige Verabschiedung der längst fälligen und schon oftmals in Ausschüssen beratenen Entwürfe eines Arbeitsschutz-, Berufsausbildungs- und Hausgehilfengesetzes herbeizuführen und sie mit modernem sozialen Inhalt auszufüllen. Weiter: Alle Versuche auf Einführung der Arbeitsdienstpflicht müssen bekämpft werden. Und dann: Die Frage der Reparationen hängt auch mit dem Kampf um die Jugend zusammen. Sie hat eine große Rolle gespielt in der Wahlpropaganda der Nationalsozialisten und auch der Kommunisten und ist von der Jugend aufgegriffen worden. Nach der Wahl ist in unseren Reihen die Forderung auf Revision der Young-Zahlungen wieder stärker erhoben. So zum Beispiel in den Beschlüssen des Bundesvorstandes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Die Stimmung scheint auch im Ausland günstig für eine Revision, so daß konkrete Forderungen der Arbeiterorganisationen immer wieder gestellt werden sollten. Ueber alle diese Fragen steht als wichtigstes und Kernproblem der Kampf gegen die Wirtschaftskrise. Dieser Kampf ist im höchsten Maße auch ein Kampf um die politische Entwicklung der deutschen Jugend. Denn durch nichts ist sie mehr radikalisiert worden und wird es immer neu und stärker, als durch das erzwungene Nichtstun mit all seinen materiellen und seelischen Auswirkungen.

Unsere Jugendpropaganda!

Eine Serie von Möglichkeiten für die Gewinnung der Jugend ist hier angedeutet. In unserer Parteiagitation müssen diese und ähnliche Fragen in knapper, eindeutiger und einprägsamer Formulierung immer wiederkehren. Die Partei muß viel mehr als bisher Jugendpropaganda betreiben. Die Sozialistische Arbeiterjugend ist finanziell nicht in der Lage, den Aufklärungszug gegen die Hochstuf der nationalsozialistischen und kommunistischen Hehe allein zu führen. Die Gewinnung der Jugend ist überhaupt nicht nur eine Aufgabe der Jugendorganisation, vor allem dann nicht, wenn man daran denkt, daß es sich heute in der Hauptsache um die junge Generation bis 30, 35 Jahre handelt. Jugendwerbung — das ist eine unbedingt notwendige Aufgabe der Partei. In ihren Versammlungen, Rundgebungen, in ihrer Presse und ihren Flugchriften muß das Thema „Jugend und Partei“ viel mehr und gründlicher als bisher behandelt werden. Die Jugend ist in tiefgreifender Bewegung. Sie sucht Neuland politischer und weltanschaulicher Natur. Die Partei muß und kann durch ihre Arbeit und in ihrem organisatorischen Aufbau die Kraft schaffen, die die Jugend zum wahren Sozialismus zieht. Sie kann die Partei der Jugend werden, wenn in allen ihren Teilen die Wichtigkeit der Jugendwerbung anerkannt, und wenn unsere Chancen für die Gewinnung der Jugend richtig ausgenutzt werden, wozu nicht zuletzt eine geschickte Propaganda unter der ganzen jungen Generation unseres Volkes gehört.

Gustav Weber.

Hitlerjugend fordert Arbeitsdienstpflicht

„Die junge Front“ (Führerblätter der Hitler-Jugend), Heft 8, bringt einen Aufsatz von H. Greß: „Die Forderungen der Jungarbeiterchaft“. Es heißt darin über die Arbeitsdienstpflicht: „Da uns die Friedensverträge das Halten eines stehenden Heeres verbieten, andererseits wir aber an der Tatsache, daß das Heer der Erwerbslosen sich zu einem Dauerzustand auswächst, nicht herumkommen, müssen wir für die Arbeitsdienstpflicht eintreten, denn nicht nur, daß es dadurch dem Staat ermöglicht wird, Arbeiten verrichten zu lassen, für die er unter normalen Umständen kein Geld aufwenden könnte, würde dies auch eine große erzieherische Bedeutung haben, denn neben der Disziplin würde die Jugend auch zur Gemeinschaft erzogen und der Klassenhaß würde fallen.“

Die Sozialistische Arbeiterjugend ist unbedingt Gegnerin der Arbeitsdienstpflicht in einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Wir halten es für durch nichts bewiesen, daß die Arbeitsdienstpflicht die Arbeitslosigkeit mildern könnte. Denken wir doch nur daran, daß einmal nicht alle Jugendlichen zwischen 18 und 25 Jahren erwerbslos sind, also eine große Zahl, die noch Arbeit hat, aus ihrer Beschäftigung herausgerissen würde. Zum anderen ist unerfindlich, wo die Mittel aufgebracht werden sollen, die bei Ein-

führung der Arbeitsdienstpflicht zu ihrer Finanzierung (Unterbringung, Befestigung, Entlohnung der Arbeitsdienstpflichtigen) notwendig sind. Wir sind vielmehr der sehr begründeten Meinung, daß die Arbeitsdienstpflicht eingeführt werden soll als Mittel gegen die Organisierung der Jugendlichen in den freien Gewerkschaften zur Vertretung ihrer Interessen („der Klassenhaß würde fallen“) und — was noch schwerer wiegt — um billige Arbeitskräfte zu stellen, die sich auch als Streikbrechergarden verwenden lassen.

„SAJ-Opposition“ der Kommunisten.

Die Kommunisten bemühen sich nach besten Kräften, die außerordentlich schwere Lage der Arbeiterbewegung für ihre von Moskau diktierten parteipolitischen Geschäfte auszumachen. Vor allem möchten sie glaubhaft machen, daß die Sozialdemokratische Partei und die Sozialistische Arbeiterjugend auseinanderfallen. Für die Jugend phantastieren sie sich eine nirgendwo existierende „SAJ-Opposition“ zusammen. Immer wieder tauchen in der KPD-Presse groß aufgemachte Meldungen von Uebertritten aus der SAJ in die kommunistische Jugend auf. Wie es mit dieser Opposition steht, erhellt ein vertrauliches Rundschreiben der Bezirksleitung des Kommunistischen Jugendverbandes Niederrhein an alle Parteileiter des KWB, datiert Köln, den 1. Oktober 1930.

In diesem vertraulichen Rundschreiben ist von besonderem Interesse der Abschnitt mit der Ueberschrift: „Praktische Maßnahmen zur Organisierung der SAJ-Opposition“. Es heißt dort:

1. Zusammenfassung aller übergetretenen SAJ-Mitglieder. Besondere Aufgaben stellen für diese Genossen.
2. Regelmäßiger Vertrieb der Oppositions-rundschreiben der SAJ. Diese Briefe erscheinen ab Oktober regelmäßig monatlich.
3. Alle übergetretenen SAJ-Mitglieder müssen uns sofort monatlich mitgeteilt werden.

An Material werden wir beziehungsweise das ZK. herausgeben:

1. Eine Broschüre gegen die SAJ.
2. Ein Flugblatt gegen die SAJ. (zentral).
3. Ein Flugblatt gegen die SAJ. (Bezirk).
4. SAJ-Oppositionsrundbrief.
5. Informationsmaterial über die Lage in der SAJ.
6. Eine Jugendbeilage, die als Jugendbeilage Verwendung findet.

Wir haben wiederholt behauptet, daß die „SAJ-Opposition“ und ihre Rundbriefe kommunistische Machwerke sind. Hier ist der Beweis. Die „Oppositions-Rundbriefe“ werden in der Zentrale des Kommunistischen Jugendverbandes hergestellt und die Unterschriften werden zusammengetragen oder unter Vorspiegelung falscher Tatsachen vollzogen.

Im übrigen: Die Sozialistische Arbeiterjugend war nie einiger und geschlossener als heute. In ihrem Kampf gegen den Faschismus steht sie in einer Front mit der Partei und lehnt Spaltungsversuche mit aller Entschiedenheit ab.

Prinz Hohenzollern und die roten Fahnen.

In Nonnenwerth, im Hauptquartier katholischer Kinderarbeit, fand eine Tagung der Arbeitsgemeinschaft des katholischen Fernkinderhilfswerks (der Gegenorganisation der Kinderfreunde und Roten Falken) statt. Die „Germania“, das Berliner Blatt des Zentrums, schreibt über diese Veranstaltung: „Ein kleiner Kreis ist geladen, bedeutsam durch die Art der Zusammenkunft: Vertreter der Klöster und des Adels, Führer und Führerinnen, Vertreter einzelner Organisationen, die der Arbeit nahe stehen. Die einzelnen Vertreter berichten. Prinz Hohenzollern spricht über das sozialistische Zeltlager auf Narnedn. Wir erfahren, wie die ganze Erziehung auf Narnedn eine Kulturbewegung in bewußt sozialistischem Sinne ist. Das Kind ist dem Erwachsenen gegenüber völlig gleichgestellt. Kinder wachen über die Befehle, die sie sich selbst gegeben haben. Koedukation, gemeinsames Schlafen, in den Zelten liegen 15 Kinder beiderlei Geschlechts mit zwei Helfern“. In graufiger Fülle herrscht die rote Fahne vor. Absingen von Kampfliedern. Unflätige Tänze. Fülle von Nacktkultur. Propaganda gegen das Christentum! Heranbildung von Klassenkämpfern! Eine einzige bolschewistische Kulturbewegung. Prinz Hohenzollern, der als Nachbar persönlichen Einblick in das seltsame Leben und Treiben auf Narnedn hat, gibt anschaulich und instruktiv seine Beobachtungen wieder. Folgerung: Wir müssen uns mit ganzer Kraft für die katholischen und nationalen Lebensideale einsetzen.“

Längst widerlegte Lügen über die sozialistischen Zeltlager werden hier neu aufgewärmt — aber davon nicht wahrer. Daß sich die Katholiken ausgerechnet einen Prinzen Hohenzollern für ihren Feldzug gegen die sozialistische Erziehungsbewegung heranziehen, ist bezeichnend genug. Wir können schon glauben, daß es diesem Herrn schwach geworden ist bei dem Anblick der „graufigen Fülle“ roter Fahnen, und er hat in solchem Zustand moderna Körperpflege für „unflätige Tänze“, Sozialismus für „Kultur-bolschewismus“, Aufklärung über das gegenwärtige Sein der Arbeiterjugend für „Propaganda gegen das Christentum“ annehmen. Wir billigen dem Herrn Prinzen und seinen katholischen Auftraggebern gern mißerbende Umstände zu.

Mark und Pfennige.

Eine moderne Fabel für die Jugend.

Es war einmal ein roter Kupferpfennig, der fühlte sich von aller Welt vernachlässigt, denn selbst die Kinder wollten nichts mit ihm zu tun haben. Eines Tages rief er einige seiner Brüder zusammen, um mit ihnen zu beratschlagen, wie dem Mangel abzu- helfen sei. Auch ein Stiefbruder der Pfennige, Herr Doppelstark, das Zweifpfennigstück, nahm an der Beratung teil.

Bruder Breitmund, der älteste von vielen Brüdern, der bereits im Jahre 1871 geprägt worden war, meldete sich zuerst zum Wort und behauptete, man schenke seiner Sippschaft, den Pfennigen, nur deshalb so wenig Beachtung, weil sie zu klein und winzig seien. Er schlug seinen Brüdern vor, sich tüchtig aufzublasen und so die Aufmerksamkeit der Leute auf sich zu lenken. Sofort erhob sich Halbbruder Doppelstark, gab Einspruch zu Protokoll und erklärte, nur ihm komme es zu, sich so aufzublasen, da er so viel wie zwei Pfennige gelte.

Nunmehr meldete sich Bruder Schmaleins zum Wort und meinte, es liege an seinem und seiner Brüder unscheinbaren Aussehen, daß man sie so wenig schätze. Er wollte eine Amme in Dienst nehmen und sich jeden Tag sein blankpuzen lassen und glaubte, die Leute würden ihn dann seines schönen Glanzes wegen mit Hochachtung behandeln. Ein neu geprägter Reichspfennig, noch so neu, daß man ihn fast für einen Goldpfennig halten konnte, widerlegte diese Behauptung und versicherte, sie würden sofort Beachtung finden, wenn sich ein jeder ein rundes Loch in den Bauch machen ließe, denn Münzen mit Löchern in der Mitte gebe es noch nicht im Deutschen Reich. Die Menschen würden dann die Pfennige auf eine Schnur ziehen wie in China. Sie wären dann immer hübsch besonnen und verfügten über das nötige Gewicht, um sich im Leben durchzusetzen.

Noch viele Vorschläge wurden gemacht und verworfen, bis sich Stiefbruder Doppelstark abermals erhob und sprach: „Ihr redet, wie kleine Leute eben reden: ohne Sinn und Verstand! Ruht euch soviel ihr wollt, macht euch Löcher in den Bauch, pustet euch auf, werdet oval oder vieredig oder Kerger oder Demut, das hilft euch alles nichts, ihr bleibt doch Pfennige, einzelne Pfennige, die nichts zu bedeuten haben in der Welt. Aber ich will euch einen Vorschlag machen: schließt euch zusammen und tretet auf wie ein Mann, so wird man euch beachten und auf euch hören! Ihr seht es ja an mir: ich galt früher auch nicht mehr als ihr, seit ich jedoch meiner Mutter anderen Sohn bei mir aufnahm, hat sich mein Wert verdoppelt, und nicht umsonst nennt man mich „Bruder Doppelstark“.“

Die Pfennige stellten diesen neuen Gedanken sogleich zur Erörterung, und nicht lange dauerte es, und sie gründeten ihre erste Ortsgruppe und erwählten den Herrn Fünfer zum Vorsitzenden, der sie nach außen hin zu vertreten hatte. In Berlin nennt sich der Vorsitzende der Pfennig-Ortsgruppe allerdings „Sechser“, denn die Berliner wollen bekanntlich immer mehr scheinen als sie sind. Von Kindern und geplagten Hausfrauen finden die zu Fünfern zusammengeflohenen Pfennige schon reichlich Beachtung, aber noch nicht bei den übrigen Menschen. Nun sind bekanntlich in Sachsen die Leute besonders heile, und dort war es auch, wo sich die Fünfer zu einer Bezirksgruppe zusammenschlossen und abermals einen Vertreter nach außen, einen Vorsitzenden wählten, den sie „Groschen“ nannten. So ein Groschen ist bereits eine gewichtige Persönlichkeit, und die meisten Menschen bücken sich vor ihm, wenn sie ihn unterwegs begegnen.

Als die Groschen merkten, daß die Macht ihrer Mitglieder mit jedem Zusammenschluß wuchs, erwählten sie abermals einen Vertreter, den Fünzfürer. Der ist heutzutage bereits so mächtig wie früher ein halber „Mark“-Grosch.

Nach einiger Zeit schlossen sich auch die Fünzfürer zusammen und wählten als endgültige Sitze Herrn Mark zum Präsidenten. Das ist ein gar vornehmer Herr geworden, der nur noch im Zylinder spazieren geht, denn die ganze Welt kennt ihn. Selbst so hohe Herren wie Bankdirektoren und Aufsichtsratsvorsitzende ziehen den Hut vor ihm und behandeln ihn fast wie einen der ihrigen, obwohl sie wissen, daß er eigentlich nur aus lumpigen Pfennigen zusammengesetzt ist, die sie sonst gar nicht sehen.

Zieht eine Lehre daraus, ihr Menschenpfennige, werdet Fünfer und Groschen und strebt nach der Einheit, mit der man rechnet.

Wilhelm Carl, Spandau.

Stimmen und Klagen über das Verderben der Menschen, ohne eine Hand zu regen, um es zu verringern, ist weibiich. Strafen und bitter höhnen, ohne den Menschen zu sagen, wie sie es besser machen sollen, ist unfreundlich. — Handeln! Handeln! Das ist es, wozu wir da sind.

Fichte.

Durch Krieg den Volksschmerz heilen — heißt: Enthaupten den, den Zahnschmerz plagt.

Anastafius Grün.

Die Entwicklung des faschistischen Jugendwerkes.

Der Leiter des faschistischen Jugendwerkes in Italien veröffentlicht einen Bericht über das am 28. Oktober abgelaufene Tätigkeitsjahr. Danach zählt das Jugendwerk, das die Altersklassen von 8 bis 17 Jahren umfaßt, jetzt 2,072 Millionen eingeschriebene Mitglieder, darunter rund 740 000 Mädchen. Die Knaben von 8 bis 14 Jahren sind in 497, die Jungmänner von 14 bis 18 Jahren in 239 Legionen zusammengefaßt. Ihnen sind über 35 000 Militäroffiziere, Instrukteure und Gruppenführer und über 1000 Kapläne zugeteilt. Aus dem umfangreichen Zahlenmaterial über die steigende Entwicklung der faschistischen Jugendorganisation sei noch hervor- gehoben, daß 10 500 Jungmänner dem Luftschutz angehören.

Diese kurze Mitteilung zeigt wieder ganz deutlich, daß die faschistischen Jugendorganisationen nichts anderes sind als militärische Übungseinheiten. Interessant ist die Mitteilung, daß dem faschistischen Jugendwerk 1000 Kapläne zugeteilt sind; die katholische Kirche scheint sich mit dem italienischen Faschismus sehr gut ausgehört zu haben.

Aus der Jugend-Internationale

Balkankonferenz der sozialistischen Jugend.

In Verbindung mit dem zehnten Verbandstag des bulgarischen sozialistischen Jugendverbandes, der am 17. und 18. Oktober in Sofia stattfand, wurde vom Sekretariat der sozialistischen Jugend-Internationale eine Balkankonferenz der sozialistischen Jugendverbände für den 20. Oktober nach Sofia einberufen. Es wurden eingeladen die sozialistischen Jugendverbände in Bulgarien, Rumänien und Jugoslawien und die sozialdemokratischen Parteien in Bulgarien, Rumänien, Jugoslawien und Griechenland.

Die Konferenz fand im Parteihaus zu Sofia statt. Es nahmen daran teil die Mitglieder des Zentralkomitees des bulgarischen Jugendverbandes, ein Vertreter der bulgarischen Partei, und als Vertreter der rumänischen Partei und des rumänischen Jugendverbandes der Genosse Radaceanu. Die sozialistische Jugend-Internationale vertrat der Genosse Ollenhauer. Die jugoslawischen Genossen waren infolge der besonderen politischen Verhältnisse in Jugoslawien verhindert, eine Delegation zu entsenden. Auch die Sozialdemokratische Partei Griechenlands war nicht vertreten.

Genosse Ollenhauer legte einleitend die Gründe dar, die die Internationale zur Einberufung der Konferenz veranlaßt haben. Er machte eine Reihe von Vorschlägen für eine engere Zusammenarbeit der Jugendverbände des Balkans. Seine Vorschläge folgten eine längere Aussprache. Die nächste Balkankonferenz soll im Jahre 1932 stattfinden.

Gewünscht wurde die Durchführung einer Internationalen Sommersehule an einem geeigneten Ort in Bulgarien. Zur Beteiligung sollen außer den Jugendverbänden auf dem Balkan die Jugendverbände in Ungarn, Oesterreich, Polen und der Tschechoslowakei zugelassen werden.

In Verbindung mit dieser Besprechung gab der Genosse Radaceanu (Bukarest) auch einen Bericht über den Stand der rumänischen Jugendorganisation. Danach zählt die Organisation zur Zeit rund 2000 Mitglieder in 21 Gruppen. Der Landesverband ist im Mai dieses Jahres gegründet worden; er wird gemeinsam gefördert von Partei und Gewerkschaften. Die Beschlussfassung über das Statut und das Programm des Verbandes sowie über den Anschluß an die Sozialistische Jugend-Internationale soll auf einem Jugendkongress im Frühjahr 1931 erfolgen.

Im Anschluß an die Balkankonferenz besuchte der Genosse Ollenhauer Budapest. Dort fand am 22. Oktober eine gut besuchte Jungarbeiterversammlung statt, in der Genosse Ollenhauer über „Rolle und Aufgaben der Sozialistischen Jugend-Internationale“ sprach. Die Versammlung wurde wirkungsvoll ausgestattet durch Darbietungen von Jugend-Sprech- und Gesangschören.

Aus der Bewegung

Jugend und Partei in einer Front.

In der augenblicklich sehr schweren wirtschaftlichen Situation hat die arbeitende Jugend keinen besseren Freund als die Sozialdemokratie. Um nun den Beweis dafür zu erbringen, daß diese Auffassung weitesten Jugendkreisen zu eigen ist, soll der im nächsten Jahre fällige 6. Deutsche Arbeiterjugendtag in Verbindung mit dem ebenfalls im nächsten Jahre fälligen Parteitag durchgeführt werden. Ueber das Wie gibt Ausschluß die einstimmig angenommene Resolution der letzten Reichsausschussung der Sozialistischen Arbeiterjugend. Sie lautet: „Der Reichsausschuss der SAJ beschließt, dem Parteivorstand den Vorschlag zu unterbreiten, Zeitpunkt und Ort des nächsten Parteitages so zu bestimmen, daß er mit einem Massenaufmarsch der sozialistischen Jugend eröffnet werden kann. Der Reichsausschuss beauftragt den Hauptvorstand, mit der Gewerkschaftsjugend und Sportjugend über die Möglichkeit eines gemeinsamen Aufmarsches zu verhandeln.“ In allen Jugendgruppen wird das Rüstzeug dieser Heerschau der roten Jugend jetzt schon beginnen. Die gesteigerte Aktivität der Jugend läßt auf eine Riesenteilnahme hoffen.